

# Kinder – unsere Zukunft!

## Unsere Zukunft ist arm und krank!

Nach Einführung von Hartz IV im Januar 2005 hat sich die Zahl der auf Sozialhilfe oder Sozialgeld angewiesenen Kinder in Deutschland auf mehr als 2,6 Millionen verdoppelt.

In unserer Stadt Essen, der „Großstadt für Kinder“, lebt jedes 3. Kind in Armut, insgesamt sind das 27.200 Heranwachsende.

Die Hälfte aller Kinder im Essener Norden hat den Gesundheitstest zur Einschulung nicht bestanden. Das zeigt: Armut macht Kinder krank! Sozial benachteiligte Kinder leiden häufiger unter Nervosität, Kopf-Rücken- und Magenschmerzen, haben häufiger Karies und Infektionskrankheiten als ihre Altersgenossen mit einem höheren Sozialstatus. Das Zusammenleben in armen und arbeitslosen Familien ist von extremen Stress und Druck geprägt, der das Immun-



system schwächt. Lernstörungen und Verhaltensauffälligkeiten sind die Folge. Darüber hinaus werden arme Kinder ausgegrenzt und sind Anfeindungen ausgesetzt, da sie in unserer Konsumgesellschaft nicht mithalten können.

Hartz IV Kinder sind deutlich schlechter ernährt: sie sind zwei bis drei mal so viel übergewichtig oder fettleibig wie besser

gestellte Kinder ihrer Altersgruppe. Das Arbeitslosengeld II reicht für eine ausgewogene, gesunde Ernährung bei weitem nicht aus. Fett- und kohlehydratreiche Kost sind oft preiswerter als teures Obst, Gemüse und frischer Fisch. Den Kindern (bis 14 Jahre) von Hartz IV Empfängern stehen gerade einmal 2,57 Euro pro Tag für die Ernährung zur Verfügung. Jugendliche bis zu einem Alter von 18 Jahren müssen mit 3,42 Euro pro Tag auskommen. Für ein Mittagessen ist aber nur 1,00 Euro vorgesehen. Doch 2,40 Euro kostet ein Schulessen im Schnitt. Für Eltern, die das Schulessen zahlen, bleibt dann für Frühstück und Abendessen fast nichts mehr übrig. Dazu DKP-Ratsherr Patrik Köbele: „Hartz IV ist Armut per Gesetz. Hartz IV ist menschenunwürdig. Es gibt nur eins: Hartz IV muss weg!“



## Familienatlas 2007: Essen – keine Großstadt für Kinder

**Patrik Köbele**  
Ratsherr der DKP,  
„Es gibt in Essen  
keinen Grund die  
Hände in den  
Schoß zu legen.“

Der vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebene Familienatlas 2007 ordnet unsere Stadt Essen hinsichtlich der „Attraktivität der Regionen für Familien“ in die schlechteste Kategorie „zurückfallende Regionen“ ein. Insgesamt schneidet Essen als eine der schlechtesten Städte im gesamten Bundesgebiet ab. Gleichzeitig bean-

sprucht Essen für sich selbst den Titel „Großstadt für Kinder“. Zu diesem brisanten Thema haben die Initiatoren der Bürgerbegehren „Essen ist unser“ und „Masterplan Sport“ am 28.02.08 in die VHS eingeladen. Ein Zuhörer hat die statistischen Rankings auf den Punkt gebracht: „Wenn der Durchschnitt schon miserabel ist, dann ist „überdurchschnittlich gut“ immer noch miserabel“.

Von mehreren Teilnehmern wurde bemängelt, dass wichtige Faktoren nicht berücksichtigt wurden wie z.B. Migrationsthematik und HartzIV-Auswirkungen.

DKP-Ratsherr Patrik Köbele: „Wenn diese sozialen Komponenten mit eingerechnet

würde, hätten wir ein noch fataleres Bild vor Augen. Die traurige Bilanz der Schulinganguntersuchung des vergangenen Jahres widerlegt das blumige Gerede von der „Großstadt für Kinder“. Bei über der Hälfte der untersuchten Kinder im Bezirk V (Altenessen, Karnap, Vogelheim) wurden 2006 so starke gesundheitliche Mängel festgestellt, dass sie die Einstufung „guter Gesundheitsstatus“ verpassten.

Mein Standpunkt dazu: „Wer dem großen Kapital Millionenbeträge zuschustert, der hat für unsere Kinder nichts übrig. Es gibt in Essen keinen Grund die Hände in den Schoß zu legen.“

## Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Auffallend freundlich war die diesjährige Berichterstattung über die Ostermärsche, an denen auch Mitglieder der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF teilnahmen. Einzige verhaltene Kritik: die Themenvielfalt der Friedensbewegung. „Kein Problem“, sagt Uli Macher vom Essener Friedensforum. „Die Armeen sind weltweit im Einsatz um Einflussgebiete, Ressourcen und Macht. Das ist unser roter Faden“. Die Friedensbewegung stellt also die Frage nach dem Nutzen von Militäreinsätzen. Besonders aufdringlich stellt sie sich für uns in Afghanistan. Kein einziges Ziel wurde erreicht. Die starke Unterdrückung der Frauen existiert ungebrochen, es wird mehr Mohn als je zuvor angebaut und damit mehr Drogen

hergestellt und die Taliban haben große Teile des Landes unter ihrer Kontrolle. Ganz zu schweigen von der äußerst hohen Armut großer Teile der afghanischen Bevölkerung.

Kein Wunder, dass die Bundeswehr und ihre weltweiten Einsätze der friedenspolitische Schwerpunkt in Deutschland ist. Über 3 500 Bundeswehrsoldaten sind am Krieg in Afghanistan beteiligt. Dieser Einsatz dient nur noch der Aufstandsbekämpfung. Der Widerstand aus der armen Bevölkerung wächst immer mehr. Beantwortet wird er mit noch mehr Soldaten. Ein Teufelskreis, unter dem vor allem die Bevölkerung leidet – nicht nur in Afghanistan.

Die ungeheuren Mittel, die die Bundeswehr verschlingt, fehlen in Deutschland im

sozialen Bereich. In den nächsten 10 Jahren sollen für 80 Milliarden Euro neue Kriegsgeschäfte angeschafft werden. 80 Milliarden, die in unsere Zukunft und die unserer Kinder tausendmal besser angelegt wären. Statt dessen rekrutiert die Bundeswehr mit immer mehr Geld und Aufwand unsere Jugend als Kanonenfutter für Afghanistan. Am Ende gewinnt nur die Kriegswirtschaft und verschlingt dabei noch gute, zivile Arbeitsplätze.

### IMPRESSUM:

Herausgeber: Patrik Köbele, Hoffnungstr. 18,  
45127 Essen • Tel.: 0201/23 56 45  
E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de  
Druck: Druckerei Helmut Große, Gladbeck

## Interessengemeinschaft legt alternatives Bäderkonzept vor

Die Interessengemeinschaft Essener Sportvereine legt ein alternatives Bäderkonzept vor, das sich am Bedarf der Vereine, der Schulen und der Öffentlichkeit orientiert. Zugleich werden mit diesem Konzept die Sünden der Vergangenheit, die zu einem gewaltigen Investitionsstau in der Essener Bäderlandschaft geführt haben, korrigiert.

Eckpunkte des Konzepts sind die Versorgung des Essener Nordens und Westens mit einer ganzjährigen Bademöglichkeit, die im Sommer auch als Freibad genutzt werden kann (Kombibad), sowie der Ersatz des Hauptbads durch ein weiteres Kombibad, das sich an den Bedürfnissen, der Schulen, der Familien und der Vereine orientiert.

Die Oase soll zum Stadtteilbad zurück-

gebaut werden, damit sollen ebenfalls die „Leuchtturmprojekte“ der Vergangenheit, die zu einer massiven Erhöhung der Betriebskosten geführt haben, korrigiert werden, ohne die Oase zu schließen.

Unter dem Strich würde durch die Schließung von Hesse und Hauptbad, mit Ersatz durch Kombibäder auch dem Rückgang der Bevölkerung Rechnung getragen, da das Konzept eine um 1 000 m<sup>2</sup> verringerte Wasserfläche vorsieht. Durch die ganzjährige Nutzungsmöglichkeit der beiden neuen Bäder können gleichzeitig höhere Besucherzahlen erreicht werden.

„Unser Konzept sieht aber auch die Instandsetzung aller übrigen Bäder vor, so dass am Ende eine Bäderinfrastruktur steht, die auf die Zukunft gerichtet ist und sich an den Bedürfnissen der Menschen

orientiert und nicht an Sparvorgaben, die am grünen Tisch erarbeitet wurden. Mit der Schließung von Kuhlhoff- und Nöggerathbad im Jahr 2001 wurde in Essen schon mehr als genug gespart, es kann nicht sein, dass es in unserer Stadt keine Freibademöglichkeit nördlich der A40 mehr gibt“, so Rolf Grotjohann, Sprecher der Interessengemeinschaft.

„Wir hoffen sehr, dass die Politik den Mut zu einem Neuanfang aufbringt. Mit einer Bezuschussung von 8,- Euro pro Badbesuch, wie in der Vergangenheit, ist das Alternativkonzept machbar. Das sollten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wert sein, gerade auch, wenn man dies mit den Zuschüssen zum Beispiel im Bereich der Hochkultur vergleicht, die ein Vielfaches davon betragen.“

## Gemeinsamer Widerstand jetzt!

### 4000 Einwendungen und Klage gegen Harmuth



Bürgerprotest gegen Müllverbrennungsanlage Harmuth am 1.3.2008 vor dem Betriebsgelände.

rotlicht sprach mit Herrn Peter Wallutis, dem Sprecher der Stadtteilkonferenz Vogelheim in Sachen Verkehr und Feinstaubbelastung.

**rotlicht:** Die Bezirksregierung hat die Müllverbrennungsanlage Harmuth genehmigt. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für

die Menschen hier vor Ort?

**Peter Wallutis:** Leider hat die Bezirksregierung, trotz heftiger Bürgerproteste die Verbrennungsanlage genehmigt. 4 000 Einwendungen von besorgten Bürgern haben der Vernunft leider nicht zum Durchbruch verholfen. Den Belangen von

Herrn Harmuth wurde mehr Gewicht beigemessen als der Gesundheit von vielen Bürgern.

Das Gebiet um das Econova-Gelände gehört zu den am höchsten belasteten Gebieten im Ruhrgebiet. Schon bestehende Industrie und hohes Verkehrsaufkommen belasten die Menschen hier schon stark.

Auf der einen Seite startet der Regierungspräsident hier einen Aktionsplan zur Luftreinhaltung, andererseits genehmigt er jetzt eine Verbrennungsanlage. Das ist für die betroffenen Menschen unverständlich.

Die Gesundheit der hier lebenden Menschen ist durch viele Faktoren gefährdet,

Fortsetzung auf Seite 2

### Termine

» MASCH-Veranstaltung: Finanzkrise mit Manfred Szmeitat, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 16.4.08, 19.30 Uhr

Im Innenteil dieser Ausgabe die Stellungnahme der DKP Essen zum ver.di-Tarifabschluss Öffentl. Dienst



Fortsetzung Titelseite:

## Gemeinsamer Widerstand jetzt! ...



*Peter Wallutis, Sprecher der Stadtteilkonferenz Vogelheim (Links) und Patrik Köbele, Ratsherr der DKP (Rechts) auf der Protest-Aktion gegen Müllverbrennungsanlage Harmuth am 1.3.2008 vor dem Betriebsgelände. Patrik Köbele spendete spontan 100 Euro für die Prozesskosten.*

unter anderem durch die hohen Feinstaubkonzentrationen.

**rotlicht:** Feinstaub – was ist so gefährlich daran?

**Peter Wallutis:** Die extrem kleinen Feinstaubpartikel dringen durch die Lungenbläschen in die Blutbahn ein und lagern sich in den Blutgefäßen ab. Dadurch steigt das Herzinfarkt- und Schlaganfallrisiko deutlich an. Feinstaub ist in der EU für ca. 50 000 Todesfälle im Jahr verantwortlich. Im Essener Norden sind die Feinstaubwerte durchgängig zu hoch. In dieser Situation genehmigt nun der Regierungspräsident eine neue Feinstaubquelle.

**rotlicht:** Wie können sich die Menschen jetzt Anzeige

*noch wehren? Haben Bürgerproteste wie am 01.03.2008 vor dem Harmuth-Betriebsgelände jetzt noch Sinn?*

**Peter Wallutis:** Natürlich haben die Bürgerproteste noch einen Sinn. Bisher haben Verwaltung und Politik immer darauf bauen können, dass die Bürgerproteste nach einiger Zeit aufhörten. Das darf jetzt nicht passieren, der Protest muß weitergehen.

Die Bürger müssen sich zu Wort melden, bei der Bezirksvertretung, bei den Ratsmitgliedern, den Landtagsabgeordneten, durch Leserbriefe bei den Zeitungen. Auch für die Zukunft müssen wir klar machen, dass die Zeiten als man im Essener Norden alles machen konnte endgültig vorbei sind.

**rotlicht:** Sie haben jetzt Klage vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen eingereicht?

**Peter Wallutis:** Meine Frau und ich sind zwar die Kläger vor dem Verwaltungsgericht, aber wir stehen natürlich nicht allein. Wir haben eine starke Unterstützung zum Beispiel vom Borbecker Bürger- und Verkehrsverein, der Stadtteilkonferenz Vogelheim und einigen Bürgern. Ohne diese starke Unterstützung hätten wir uns auf das Risiko einer Klage nicht eingelassen. Über den Borbecker Bürger- und Verkehrsverein sammeln wir Spenden um die Gerichtskosten zu decken, wir freuen uns über jede Spende, sei sie auch noch so klein. Das gesammelte Geld wird ausschließlich für die Prozesskosten verwendet.

## DKP Vor Ort: Der Rote Osterhase war da!



*Wo hat er wohl die bunten Eier versteckt?*



Wie jedes Jahr hat auch 2008 der Rote Osterhase der DKP wieder seine fröhliche Ostereiersuche gestartet. Trotz des schlechten Wetters beteiligten sich viele Kinder samt Eltern daran.

Für viele Kinder ein Lichtblick, in einer Zeit, in der es für sie in unserer Stadt immer düsterer wird, denn immer mehr Eltern haben Schwierigkeiten, Ihren Kindern auch nur das Nötigste zu bieten. Hartz IV, steigende Preise und ein immer weiter zurück gehendes soziales Angebot sind einige der Gründe dafür. Auch DKP-Ratsherr Patrik Köbele hat den Roten Osterhasen begleitet und stand den Eltern zum Gespräch zur Verfügung. „Hier muss gehandelt werden deshalb ist die Einführung eines Sozialtickets für die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel und soziale Angebote längst überfällig“, ließ er die Eltern wissen.

Anzeige

### Jetzt will ich auch

- mehr Infos über die DKP
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:  
DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
oder [www.dkp-essen.de](http://www.dkp-essen.de)  
E-Mail: [dkp.essen@dkp-essen.de](mailto:dkp.essen@dkp-essen.de)

# festival der jugend

9. bis 12. Mai

Ausbildung und Übernahme für Alle.

Eine demokratische Schule für Alle.

zeit zu kämpfen. zeit zu feiern.

No NPD. NPD Verboten & Zerschlagen.

Bundeswehr raus aus Afghanistan.

SDA

Jugendpark Köln | [www.festival-der-jugend.de](http://www.festival-der-jugend.de)

# Geschäftsführer sollen Gehälter offen legen

## Antrag der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF einstimmig angenommen

Einstimmig hat der Rat in seiner Sitzung im Februar einen Antrag der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF beschlossen, nach dem die Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften dazu aufgefordert werden sollen, ihre Gehälter offen zu legen. Der Antrag wurde von der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF vor dem Hintergrund der Debatte um die Höhe von Managergehältern und die unrechtmäßige Zuerkennung von Abfindungen und Prämien gestellt.

„Mit dem Beschluss des Rates ist der erste Schritt zu mehr Transparenz gemacht“, so Ratsherr Patrik Köbele. „Jetzt müssen wir abwarten, wie viele Geschäfts-

führer der städtischen Beteiligungsgesellschaften und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Aufforderung auch wirklich nachkommen.“

Die Geschäftsführer zur Offenlegung ihrer Gehälter zwingend zu verpflichten, liegt bei bestehenden Arbeitsverträgen nicht in der Möglichkeit des Rates. Einstimmig verabschiedet wurde der Antrag auch deshalb, weil CDU und Grüne diese Forderung in ihrem Koalitionsvertrag von 2004 haben. In dieser Richtung tätig geworden sind sie bisher jedoch nicht. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF erzwang dies nun.

Anzeige

## Kinderferien 2008: Mit der DKP Frankreich erleben



**20. Juli - 2. August 2008 14 tolle Tage für nur 215 Euro.** Für alle Kinder zwischen 10 und 14 Jahren. Das Kinderferienlager 2007 der DKP führt wie in den vergangenen Jahren nach Nordfrankreich. Nur 4 Kilometer von der Küste des Ärmelkanals entfernt, zwischen dem „Cap Blanc Nez“ und dem „Cap Griz Nez“. Das Zeltlager der DKP befindet sich auf einem extra abgeteilten Gelände des Campingplatzes „Les

Epinettes“. Unser Programm: • Badevergnügen an der Kanalküste • Lagerfeuer • Neptun- oder Waldfest • attraktive Ausflüge, z. B. Freizeitpark Bellewaerde in Belgien und Besuch der Hafenstadt Boulogne.

**Infos und Anmeldung:**  
DKP Essen, Hoffnungstr. 18  
Tel. 0201-23 56 45  
E-Mail: [dkp.essen@dkp-essen.de](mailto:dkp.essen@dkp-essen.de)  
oder Jürgen Beese, Stankeitstr. 61,  
Tel. 360 23 35



Vorn./Name des Kindes:

Straße/Hausnummer:

PLZ Ort:

ausgefüllt abschicken: DKP Essen, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

Geburtstag:

### kurz & knapp

#### Was den Menschen dient – darf nichts kosten ?

So sehen das wohl CDU und Grüne. Nachdem schon viele Städte (u. a. Dortmund) ein vergünstigtes Nahverkehrsticket für die Bezieher von Hartz IV und kleiner Einkommen eingeführt haben, konnte sich auch die Ratsmehrheit dem nicht mehr ganz entziehen. Die Verwaltung soll die Möglichkeit nun auch in Essen prüfen. Voraussetzung aber..., es darf nichts kosten. Wenn das mal keine Mogelpackung ist.

#### Der OB ist uns teuer !

Laut Presseberichten erhielt OB Reiniger 2007 für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der RWE AG eine Vergütung von 176.000,- €. Die muss er laut Erlass des Landes an die Stadt abführen. Dagegen prozessiert der OB von Neuss, deswegen erfolgt auch die Abführung von OB Dr. Reiniger seit 2005 unter Vorbehalt. In der Zwischenzeit sind Rückstellungen in der Höhe von einigen hunderttausend Euro gebildet worden, die der OB bekommt, wenn der Neusser OB seinen Prozess gewinnt. Das hat er getan, das Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig.

#### Kultur kostet, und manches immer mehr!

Teile der Weststadthalle hat die Stadt Essen im Jahr 2002 für 20 Jahre mit jährlichen Mietkosten von 183.600,- € angemietet, um sie an „Stars In Concert“ weiterzuvermieten. Die waren 2005 pleite. Ab dem Jahr 2006 sollte die Weststadthalle GmbH als Untervermieter gewonnen werden, natürlich zu einer geringeren Miete (die Stadt hätte pro Jahr zwischen 24.000,- € und 100.000,- € draufgezahlt. Auch das war dem neuen Mieter zu hoch. Ein neuer Mietvertrag sah dann städtische Zuzahlungen zwischen 60.000,- € und 165.000,- € vor. Bezahlt wurde nie, nun wurde fristlos gekündigt, die Stadt sitzt weiter auf jährliche Mietkosten von 183.600,-.

Anzeige

#### Ja, ich will auch ein kostenloses rotlicht-Abo

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:  
DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
[www.dkp-essen.de](http://www.dkp-essen.de) • E-Mail: [dkp.essen@dkp-essen.de](mailto:dkp.essen@dkp-essen.de)